

Rede im Plenum am 17.12.2015

Landesgesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Mittelstand ist die Säule der rheinlandpfälzischen Wirtschaft. Frau Wirtschaftsministerin, Sie haben diesen Satz auch immer wiederholt. Deshalb müsste es eigentlich das Selbstverständnis des Wirtschaftsministeriums, der Wirtschaftsministerin sein, das Selbstverständnis der Landesregierung und auch dieses Hauses, Mittelstand zu fördern, zu unterstützen im Interesse der Wirtschaft, aber auch im Interesse der Arbeitsplätze, im Interesse der Menschen und auch der Familien in Rheinland-Pfalz.

Um dieses Selbstverständnis von Handeln, von Regierungshandeln zu regeln, hat vor fünf Jahren bereits die absolute SPD-Mehrheit ein Mittelstandsförderungsgesetz beschlossen, das nun geändert werden soll und dessen Entwurf heute zur ersten Lesung vorgelegt wurde. Wir werden diesen Gesetzentwurf dann auch noch im Ausschuss zu beraten haben. Aber aus jetziger Sicht wirft der Entwurf doch schon einige Fragen auf:

Inwieweit wurde das Gesetz bis zum jetzigen Zeitpunkt vom rheinland-pfälzischen Mittelstand tatsächlich in Anspruch genommen, welche Auswirkungen gibt es auf Verwaltungsaufwand und Arbeitsplätze sowie auf die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft, welche sind da zu erwarten?

Wir haben trotz dieses Gesetzes in der Vergangenheit feststellen müssen, dass eine Reihe von Maßnahmen von dieser Landesregierung eingeleitet worden sind, von diesem Hause beschlossen worden sind, die der Arbeit der mittelständischen Wirtschaft nicht zuträglich sind. Ich darf nennen, die konkreten Forderungen der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, auch vertretend durch IHKS und dem LVU werden in diesem Land systematisch ignoriert. Ein Transparenzgesetz ist trotz des massiven Protests der Wirtschaft auf den Weg gebracht worden. Ebenso hat man sich bisher nicht von dem Landestariftreuegesetz abgewendet und das, obwohl wir den Mindestlohn in ganz Deutschland haben.

Eine Bürokratiebremse der Landesregierung ist nicht in Sicht, und auch bei der Dokumentationspflicht beim Mindestlohn gibt es keine Unterstützung seitens der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

So kritisieren bereits die Verbände den Entwurf Ihres Gesetzes als wenig pragmatisch, zu wenig konkret und zu wenig verbindlich und haben entsprechende Nachbesserung verlangt.

Meine Damen und Herren, in Ihrem Gesetzentwurf haben Sie einen zusätzlichen Paragraphen eingeführt, den §8, der bei den Zielen der Förderung die Herausforderung und Marktchancen des technischen Fortschritts der Digitalisierung der Wirtschaft und anderes aufführt. Ein hehres Ziel, das Sie hier formuliert haben, bei dem Sie aber die Unterstützung der CDU haben, dies zu erreichen. Man muss jedoch hier als Grundlage eine realistische Bewertung und Herangehensweise an den Tag legen, und das fehlt bisher bei dieser Landesregierung.

Eine erfolgreiche Regionalentwicklung ist in Gewerbegebieten, Ortskernen und Neubaugebieten ohne Breitbandausbau nicht mehr denkbar. Sie ist Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung der Wirtschaft, gerade auch im Mittelstand, und hier bedarf der Antrag der Koalition einer intensiven Überarbeitung im Sinne einer realistischen und ehrlichen Bewertung.

Die Not muss schon groß sein, wenn man einen solchen Antrag, wie Sie ihn hier zur Digitalisierung eingebracht haben, formuliert und im Plenum einbringt.

Sie haben vor exakt gestern vor einem Jahr in einer Pressekonferenz das Programm, das so genannte schnelle Internetprogramm der Landesregierung vorgestellt, Frau Ministerpräsidentin. Wir müssen heute nach einem Jahr feststellen, dass von diesen Versprechungen, die Sie damals gemacht haben, keines erfüllt worden ist.

Sie haben 10 Millionen Euro eigenes Landesgeld zugesagt, in den Jahren 2015 bis 2018 in die Internetversorgung zu stecken. Sie haben zugesagt, einen Masterplan bis Ende drittes Quartal 2015. Er liegt noch nicht vor.

Im Land gibt es nach wie vor noch zu viele weiße Flecken bei der Grundversorgung bei 2 MB. Der auch international agierende Mittelstand in Rheinland-Pfalz braucht aber Verlässlichkeit. Eben ist von Planungssicherheit gesprochen worden, und mit Ihrer Ankündigungspolitik setzen Sie die digitale Zukunft von Rheinland-Pfalz und der nachfolgenden Generation aufs Spiel, meine Damen und Herren.

Mehr Breitband ist Mittelstandsförderung. Das fordern wir, und es ist ein ganz konkreter Vorschlag, den wir immer wieder vorbringen, unterlegt mit entsprechenden qualifizierten Anträgen zur Breitbandversorgung. Sie haben jetzt in Ihrem neuen Papier, in dem noch sehr viele Fehler enthalten sind und wo von falschen Annahmen ausgegangen wird, zumindest einen Teil dieser Vorschläge, die wir Anfang des Jahres eingebracht haben, mit aufgegriffen.

Das lässt zumindest hoffen, dass Sie in die richtige Richtung zu denken beginnen, meine Damen und Herren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können Ihrem Antrag deswegen nicht zustimmen. Ich darf aber noch kurz auf einen anderen Antrag eingehen zur Errichtung von für jedermann zugänglichen Hotspots in Rheinland-Pfalz, dem wir grundsätzlich zustimmen, weil dies auch die Entwicklung im ländlichen Raum und den Tourismus selbst fördern kann. Meine Damen und Herren, das macht jedoch nur Sinn, wenn schnelles Internet vorhanden ist. Dieses schnelle Internet ist die Grundlage dafür, und darauf muss die Priorität liegen. Wie allerdings der Betrieb sowie die Pflege und Wartung der Anlagen und die Finanzierung hierfür zu regeln ist, geht aus Ihrer EntschlieÙung nicht hervor.

(Derzeit wird das Telemediengesetz von der Bundesregierung beraten. Selbst Herr Bundeswirtschaftsminister Gabriel sieht die Notwendigkeit, die Frage des Missbrauchs – zum Beispiel Kinderpornografie oder Urheberrechte

– zu regeln. Auch die Landesregierung hat in ihrer Stellungnahme vom 28. Oktober 2015 geschrieben: „Nicht um jeden Preis darf eine solche Freigabe stattfinden.“

Wir sind der Meinung, wir sollten die Verhandlungen auf Bundesebene und die zusammengetragenen Argumente abwarten, um uns danach in der Sache zu positionieren. Deshalb enthalten wir uns bei diesem Antrag.

Vielen Dank.